
Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Subventionen für die landwirtschaftliche Tierhaltung angesichts der verheerenden Auswirkungen des hohen Konsums tierischer Produkte auf die Umwelt, die Tiere und die Gesundheit abgeschafft werden und stattdessen der vegane Ökolandbau gefördert wird?

Wir streben eine grundsätzliche Reform der EU-Agrarpolitik an, bei der Leistungen für das Gemeinwohl – z.B. Maßnahmen für Klima, Wasser, Boden, Biodiversität, Gesundheit und Tierschutz – honoriert werden und nicht das Eigentum an Fläche. Alles nach der Maxime: Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen. Dafür bedarf es z.B. eindeutiger Regelungen und Anreize für die Reduzierung von Pestizidanwendung, Düngung und Tierzahlen. Die besonderen Leistungen des Biolandbaus müssen dabei honoriert werden. Die Förderungen sollen bürokratiearm sein, Planungssicherheit ermöglichen, nachhaltig wirken und unmittelbar bei den Landwirt*innen ankommen. Stufenmodelle bieten eine gute Ausrichtung auf das Gemeinwohl, ökologische Maßnahmen und die systemische Betrachtung von Betrieben. Flächengebundene Tierhaltung unter hohem Standards artgerechter Haltung ist in einer geschlossenen Kreislaufwirtschaft mit Weidehaltung sinnvoll. Tierschutzförderung soll verpflichtend von den Mitgliedstaaten in ihren Strategieplänen angeboten werden.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Langstrecken-Tiertransporte, insbesondere Transporte in weit entfernte Drittländer, für alle Tierarten untersagt werden?

Ja, wir setzen uns für die Etablierung, Verbesserung und bessere Kontrolle einheitlicher europaweiter Tierschutzstandards, nicht nur beim Transport, sondern auch bei Zucht, Haltung und Handel ein. Wir brauchen eine deutliche Reduzierung von Lebewesen-Transporten. Dabei möchten wir Langstreckentransporte auf acht Stunden begrenzen und Tiertransporte in schwer kontrollierbare Regionen unterbinden.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass jegliche Käfighaltung von Tieren verboten wird, so wie es die erfolgreiche EU-Bürgerinitiative „End the cage age“ fordert?

Trotz bereits bestehender Einschränkungen der Käfighaltung bei Nutztieren, z.B. bei eierlegenden Hühnern, gibt es weiter verheerende Stallbrände, etwa in Schweinezuchtanlagen. Es gibt also weiter massive Defizite in der Haltungsform von Tieren. Dabei führt eine Haltung von zu vielen Tieren auf engstem Raum zu überhöhtem Antibiotikaeinsatz, was mit der Bildung von Resistenzen und negativen Auswirkungen für die menschliche Gesundheit einhergeht. Wir GRÜNE unterstützen die Forderungen der EU-Bürgerinitiative „End the cage age“ und wollen in ganz Europa einen Kurswechsel bei der Käfighaltung. Denn u.a. Bio-Standards zeigen, dass Tierhaltung auch anders geht. Landwirt*innen müssen beim Umbau der Tierhaltung aber gezielt finanziell unterstützt werden und die angehobenen Standards müssen auch gleichermaßen von Importen eingefordert werden.

Wird sich Ihre Partei angesichts des grassierenden illegalen Welpenhandels dafür einsetzen, dass der Verkauf von Hunden und anderen Tieren über das Internet verboten wird?

60% der Hunde und Katzen werden über das Internet gekauft. Die mangelhafte Rückverfolgbarkeit in diesem Handel führt zu Gesundheitsrisiken für Mensch und Tier. Wir GRÜNE setzen uns für die EU-weiten Registrierungs- und Kennzeichnungspflicht von Hunden und Katzen ein, um dieses Risiko zu

mindern. Eine EU-weite Registrierung hilft darüber hinaus, illegalen Handel zu bekämpfen und missbräuchliche Haltung von Tieren aufzuspüren.

Wird sich Ihre Partei für einen strategischen Ausstiegsplan aus Tierversuchen einsetzen, wie ihn die EU-Bürgerinitiative „Save Cruelty Free Cosmetics - Commit to a Europe Without Animal Testing“ vorschlägt?

Tierleidfreie Versuche müssen zum „Goldstandard“ werden. Das Verbot von Tierversuchen für Kosmetika darf nicht untergraben werden. Wir GRÜNE wollen EU-Forschungsgelder verstärkt für die tierversuchsfreie Forschung einzusetzen und ihre Benachteiligung gegenüber der Tierversuchsforschung zu beenden. Für Tierschutzverbände wollen wir ein volles Verbandsklagerecht schaffen, mit dem Verstöße gegen Tierschutzgesetzgebung geahndet werden können. Wir treten zudem dafür ein, dass die Tierversuchsrichtlinie erheblich nachgebessert wird. Dazu zählen schnellere Anerkennungsverfahren für tierversuchsfreie Methoden. Auch Stufenpläne und zeitliche Vorgaben zur Überarbeitung der Tierversuchsrichtlinie gehören dazu. Es ist notwendig, dass einzelne Mitgliedstaaten weit striktere Maßnahmen erlassen dürfen als dies die Richtlinie vorgibt.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Pelzfarmen in der EU verboten werden?

Wir fordern die Umsetzung der Initiative „Fur Free Europe“, um die Pelztierzucht und den Handel mit Zuchtpelzprodukten auf dem europäischen Markt zu verbieten, denn unter den Lebensbedingungen für Tiere in Pelztierfarmen werden viele der grundlegendsten Bedürfnisse der Tiere nicht befriedigt. Damit ist die Haltung in Pelzfarmen mit viel Leid verbunden und sowohl aus tierschutzrechtlichen als auch aus ethischen Gründen äußerst bedenklich. Aus diesen Gründen sollte in Europa sowohl die Haltung in Pelzfarmen als auch der Handel mit Pelzprodukten untersagt werden.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass eine europaweite Positivliste für die Heimtierhaltung geschaffen wird, um die Privathaltung beispielsweise von Affen, Löwen und Schlangen zu unterbinden?

Wir GRÜNE setzen uns in unseren parlamentarischen Gremien dafür ein, dass die EU-Kommission einen Gesetzesvorschlag zur effektiven Bekämpfung des Handels mit illegalen Wildtieren auf den Weg bringt, denn neben CITES sind noch weitere Instrumente zur effektiven Regulierung des Handels mit gefährdeten Arten nötig. Dazu gehören eine EU-weite Positivliste für Heimtiere und ein europäischer Rechtsakt nach dem Vorbild des US-amerikanischen Lacey Acts. Ein solcher Rechtsakt würde den Import, Verkauf und Besitz von Arten, die in ihren jeweiligen Herkunftsländern geschützt sind, im EU-Binnenmarkt verbieten.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Subventionen für die Fischerei aufgrund der Auswirkungen (Artensterben, hohe Beifänge, Netzvermüllung, Klimaschädlichkeit) umgeleitet werden in die Umschulung von Fischer:innen in klimafreundliche Berufe, Schaffung von No Take-Zonen, Bergung von Geisternetzen?

In den Verhandlungen zum aktuellen EU-Fischereifonds haben wir GRÜNE uns dafür eingesetzt, dass es Subventionen für den Schutz und die Wiederherstellung von Gebieten inklusive natürlicher Kohlenstoffspeicher, sowie für Meeresforschung und Tierwohl in Fischerei und Aquakultur geben soll. Wir setzten uns außerdem dafür ein, dass es Subventionen nur in Hinblick auf ökologische Grenzen geben sollte; nicht um zu Überfischung oder ökologischer Zerstörung beizutragen. Außerdem haben wir uns für das Anrecht auf Trainings- und Zertifizierungsmöglichkeiten eingesetzt, für die Förderung von schonendem Fischfang mit geringen Folgen für das Meeresökosystem und die Fischereiressourcen, sowie für eine bessere Fangquotenverteilung. Im Fall von Geisternetzen haben wir uns für eine schnellere Informationsübermittlung im Fall des Verlusts von Netzen eingesetzt, sowie um Unterstützung dafür geworben, dass das diskutierte internationale Abkommen gegen die Plastikverschmutzung auch Geisternetze beinhaltet.